



FINANZBERICHT 2017

ZAHLEN UND FAKTEN

Sparda-Bank

Sparda-Bank Hessen eG

STAND: 31.12.2017



DIE BANK FÜR DIE
MENSCHEN IN HESSEN

INHALT

Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	4
I. Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hessen eG	8
II. Darstellung der Lage der Sparda-Bank Hessen eG	9
III. Risiken der künftigen Entwicklung	11
IV. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken	14
V. Veröffentlichung eines separaten Offenlegungsberichtes	14
Der Bericht des Aufsichtsrates	15
Der Jahresabschluss	16
I. Jahresbilanz	18
II. Gewinn- und Verlustrechnung	20
III. Anhang	21

DER LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

- I. Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hessen eG
- II. Darstellung der Lage der Sparda-Bank Hessen eG
- III. Risiken der künftigen Entwicklung
- IV. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken
- V. Veröffentlichung eines separaten Offenlegungsberichtes



4.714

NEUE WOHNBAUFINANZIERUNGEN

KUNDENKREDITE

Die Sparda-Bank Hessen hat ihr Kreditvolumen im Geschäftsjahr 2017 um 4,5 % gesteigert. „Durch die Zusage von 4.714 neuen Wohnbaufinanzierungen haben wir viele Hessen und ihre Familien dabei unterstützt, sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen“, sagt Michael Weidmann, stv. Vorstandsvorsitzender und verantwortlich für den Vertrieb. Dahinter stehen neue Kreditzusagen in Höhe von 554,5 Mio. EUR, was einem Zuwachs von 13,1 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht (2016: 490 Mio. EUR). Der Kreditbestand stieg damit auf 2,7 Mrd. EUR von zuvor 2,6 Mrd. EUR (+4,5 %).

DER LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt in 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent zu und expandierte damit noch etwas stärker als in 2016 (+1,9 Prozent).

Positiv dazu beigetragen hat der weiterhin anhaltende Beschäftigungsaufbau. Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 653.000 auf rund 44,3 Millionen (1,5 Prozent). In Hessen verzeichnete die Erwerbstätigkeit sogar einen Zuwachs um 1,8 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der erwerbstätigen Hessen um 60.600 auf 3,44 Millionen.

Positive Stimmung an den Finanzmärkten

Nach Jahren politischer wie auch wirtschaftlicher Unsicherheit besserte sich in 2017 die Stimmung an den Finanzmärkten nachhaltig. Grund hierfür war in erster Linie die Rückkehr eines robusten Wirtschaftswachstums sowohl im Euroraum als auch in den USA. Für die wachsende Zuversicht sorgte dabei vor allem das Wachstum im Euroraum. In 2017 expandierten nicht nur die Volkswirtschaften der Kern-, sondern auch der Peripherie-Staaten des Währungsraumes. Die Verunsicherung an den Finanzmärkten im Zuge der Trump-Präsidentschaft oder der schwierig verlaufenden Brexit-Verhandlungen hielten sich demgegenüber in Grenzen. Auch konnten die kriegerischen Konflikte im Nahen Osten und die angespannte Lage zwischen Nordkorea und seinen direkten Nachbarstaaten die Stimmung an den Finanzmärkten nicht nachträglich dämpfen. Zum Ende des Jahres sorgte noch die rasante Aufwertung der Digitalwährung Bitcoin und anderer Kryptowährungen für Aufsehen. Binnen Jahresfrist vervielfachte sich der Bitcoin-Kurs von 998 auf 14.156 US-Dollar je Bitcoin. Treiber dieser Entwicklung dürften Spekulationen auf weitere Kurssteigerungen gewesen sein.

Bundesanleiherenditen legen zu

Die Renditen von Bundesanleihen sind im vergangenen Jahr moderat gestiegen. Auf Jahressicht stieg die Rendite zehnjähriger Bundeswertpapiere um 22 Basispunkte auf 0,42 Prozent. Die Renditen zwei- und fünfjähriger Bundesanleihen stiegen ähnlich stark, allerdings blieben ihre Renditen mit -0,63 und -0,20 Prozent zum Jahresresultimo im negativen Bereich. Ausschlaggebend für das Renditeplus bei Bundesanleihen waren Anpassungen der geldpolitischen Erwartungen im Zuge des konjunkturellen Aufschwunges im Euroraum. Ab Jahresmitte setzte sich an den Kapitalmärkten die Auffassung durch, dass die EZB eher eine Normalisierung als eine weitere Lockerung ihrer Geldpolitik anstrebe. Angesichts der sich spürbar bessernden konjunkturellen Lage im Euroraum engten sich auch die Renditespreads der Euro-Staaten zu Bundeswertpapieren ein. Insbesondere Staatsanleihen aus Portugal und Griechenland erlebten einen spürbaren Nachfrageanstieg, der sich auf Jahressicht in einem deutlichen Rückgang ihrer Renditen niederschlug. Darüber hinaus trieb die geldpolitische Normalisie-

rung in den USA die Renditen von Bundesanleihen über den Kanal der weltweiten Zinsführerschaft von Staatsanleihen der Vereinigten Staaten. Im Zuge der sukzessiven Leitzinserhöhungen der Fed legten in den USA vor allem am kurzen Ende der Strukturkurve die Renditen zu. So stieg die Rendite von zweijährigen US-Treasuries im Jahresverlauf um 69 Basispunkte auf 1,89 Prozent. Zehnjährige US-Treasuries notierten mit einem Jahresendwert von 2,41 Prozent hingegen nahe ihrem Vorjahresresultimo. Grund hierfür war unter anderem, dass die Normalisierung der US-Geldpolitik bereits in 2016 in den längerfristig laufenden Staatsanleihen eingepreist worden war.

Aufschwung im Währungsraum stützt Euro

Der Euro hat in 2017 deutlich aufgewertet. Gegenüber dem Greenback notierte der Euro-Dollar-Kurs zum Jahresultimo bei 1,19 US-Dollar. Das waren 14 US-Cent mehr als Ende 2016. Der Anstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar vollzog sich vor allem im zweiten und dritten Quartal 2017. Im ersten und vierten Quartal tendierte der Euro-Dollar-Kurs hingegen mehr oder weniger seitwärts. Die europäische Gemeinschaftswährung profitierte in 2017 vom robusten konjunkturellen Aufschwung und von den veränderten geldpolitischen Erwartungen im Währungsraum. Zum einen zeichnete sich im Frühling ein deutlich stärkerer Aufschwung im Euroraum ab, als zuvor erwartet worden war. Zum anderen festigte sich an den Devisenmärkten die Erwartung, dass die EZB ihre ultralockere Geldpolitik nicht weiter lockern, sondern vielmehr die Normalisierung der Geldpolitik angehen werde, wenn auch in einem sehr langsamen Tempo. Darüber hinaus stützte den Euro die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Frankreich, wo sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen der überparteiliche Emmanuel Macron gegen die Kandidatin des Front National durchsetzen konnte. Macrons klares Bekenntnis zum Euro stärkte das Vertrauen der Investoren in den Währungsraum. Profitieren konnte der Euro auch von der Schwäche des US-Dollars, der unter den politischen Unsicherheiten im Zuge der Trump-Präsidentschaft zu leiden hatte.

DAX auf neuem Allzeithoch

Das vergangene Jahr war für die Aktienmärkte ein gutes Jahr. Wie jenseits des Atlantiks legten die Kurse an den Börsen spürbar zu. Zunächst stiegen die Aktienkurse im DAX ab Mitte April 2017 innerhalb weniger Wochen um rund 1.000 Punkte auf knapp unter 13.000 Zähler. Grund hierfür war ein gestärktes Vertrauen in die Wirtschaft Deutschlands, aber auch des gesamten Euroraumes, nachdem wichtige Wirtschaftsindikatoren auf ein stärkeres Wachstum hingewiesen hatten, als zu Jahresbeginn erwartet worden war. Im Hochsommer gab der deutsche Leitindex vorübergehend fast seine gesamten zuvor angesammelten Kursgewinne wieder ab. Grund hierfür war zum einen der erstarkende Euro. Viele Investoren fürchteten, der höhere Außenwert des Euro werde die Konjunktur in Deutschland und dem Euroraum dämpfen. Zum anderen verunsicherte die Krise in der Automobilindustrie im Zuge des Diesel-Skandals viele Investoren. Erst im Herbst marschierte der DAX wieder unbeirrt in Richtung der Marke von 13.000 Punkten, die er Mitte Oktober wieder reißen konnte. Sein Jahreshoch von 13.478 Zählern markierte der DAX nur kurze Zeit später am 3. November 2017. Getrieben wurde dieser fulminante Anstieg erneut von einem wieder zunehmenden Konjunkturoptimismus wie jenseits des Atlantiks. Das hohe Niveau konnte der DAX zwar nicht lange halten. Gleichwohl beendete der Deutsche Aktienindex das Jahr 2017 mit 12.918 Punkten auf einem deutlich höheren Niveau als zum Vorjahresresultimo. Insgesamt belief sich das Jahresplus auf 12,5 Prozent.

I. Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hessen eG

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Geschäftsjahr 2017 auf 6,189 Milliarden EUR. Das entspricht einer Steigerung von 4,1 Prozent oder 245 Millionen EUR gegenüber dem Vorjahr.

	Berichtsjahr 31.12.2017	Vorjahr 31.12.2016	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	6.189.187	5.943.919	245.268	4,13
Kreditgeschäft				
- Forderungen an Kunden	2.681.962	2.565.897	116.065	4,52
- Eventualverbindlichkeiten	2.462	2.714	-252	-9,29
Einlagengeschäft				
- Spareinlagen	833.128	725.633	107.495	14,81
- täglich fällige Einlagen	4.455.271	4.180.083	275.188	6,58
- Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und Kündigungsfrist	195.343	336.156	-140.813	-41,89

Das Kreditvolumen hat sich um 116 Millionen auf insgesamt 2,682 Milliarden EUR erhöht, was einer Steigerung von 4,5 Prozent entspricht. Das wichtigste Geschäftsfeld innerhalb des Kreditgeschäfts ist die Wohnbaufinanzierung.

Die Kundeneinlagen erhöhten sich 2017 um 242 Millionen EUR bzw. 4,6 Prozent auf insgesamt 5,484 Milliarden. Die Einlagenentwicklung war vor allem von dem Kundenbedürfnis nach Sicherheit und Transparenz geprägt. Der Bestand an Sichteinlagen (SpardaGiro) nahm im vergangenen Jahr um +299 Millionen EUR auf insgesamt 1.935 Millionen EUR zu, während das Tagesgeldprodukt SpardaCash weniger stark nachgefragt wurde (-22 Millionen EUR). Produkte mit längeren Laufzeiten und Spareinlagen spielten im abgelaufenen Geschäftsjahr beim Absatz weiterhin nur eine untergeordnete Rolle.

Eine Besonderheit des Geschäftsmodells ist seit der Gründung der Bank die gebührenfreie Kontoführung, die wir als kundennahe Dienstleistung trotz der hohen Belastung durch die Niedrigzinsphase weiterhin anbieten. Durch den Verzicht auf Kontoführungsgebühren und Gebühren für die BankCard haben wir unseren Kunden im Geschäftsjahr 2017 einen Geldvorteil von mehr als 23 Millionen EUR verschafft.

Angestellte/Mitarbeiter

Der Erfolg der Sparda-Bank Hessen eG wird maßgeblich vom Engagement und von den Fähigkeiten jedes einzelnen Mitarbeiters getragen. Das wesentliche Ziel der Personalentwicklung ist daher, unsere Mitarbeiter zielgerichtet zu qualifizieren und zu fördern. Regelmäßige und anforderungsgerechte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen dienen dem Erhalt und Ausbau der Fähigkeiten jedes Einzelnen. Wir bieten unseren Mitarbeitern darüber hinaus individuelle Programme an, die ihnen die Chance geben, ihre berufliche und persönliche Kompetenz kontinuierlich weiterzuentwickeln. Im Jahr 2017 haben zum Beispiel neun Mitarbeiter ihre zweijährige Qualifizierung zur Führungskraft erfolgreich beendet und

zwölf weitere qualifizieren sich intern zu Spezialisten in der Kundenberatung. Weiterhin haben insgesamt sieben Mitarbeiter in diesem Jahr erfolgreich einen Studiengang neben dem Beruf absolviert, den die Sparda-Bank Hessen eG über finanzielle Förderung und weitere Leistungen, wie zum Beispiel Sonderurlaubstage, unterstützt hat.

Die Sparda-Bank Hessen eG rekrutiert ihren Nachwuchs sowohl über diese exklusiven Förderprogramme als auch über die innerbetriebliche Ausbildung. Insgesamt haben elf ausgebildete Bankkauffrauen und -männer ein Anstellungsverhältnis in 2017 bei der Sparda-Bank Hessen eG angenommen. Den Grundstein für eine berufliche Zukunft legten in diesem Jahr insgesamt 13 neue Auszubildende in unserem Hause. Hierunter haben sich elf Personen für die klassische Ausbildung zum Bankkaufmann/zur Bankkauffrau sowie zwei Personen für ein duales Studium zum „Bachelor of Arts“ mit dem Schwerpunkt Digitale Medien entschieden. Die Ausbildungsquote beträgt derzeit 9,01 Prozent.

Die Mitarbeiter der Sparda-Bank Hessen eG können auf eine durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von 15,96 Jahren zurückblicken, was ein positives Signal für die Attraktivität des Arbeitsumfelds sowie die Verbundenheit zu ihrem Arbeitgeber ausdrückt. Neben verschiedenen Angeboten, wie der Initiative „Windelgeld“, an der aktuell 25 Mitarbeiter partizipieren, findet die gute Balance zwischen Beruf, Familie und Freizeit unter anderem auch in einer Teilzeitquote von 34,01 Prozent ihren Ausdruck.

Auch bei beruflichen, gesundheitlichen oder persönlichen Fragestellungen finden die Mitarbeiter mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement, der Durchführung von Gesundheitsaktionen sowie einer externen Mitarbeiterberatung professionelle Unterstützung.

II. Darstellung der Lage der Sparda-Bank Hessen eG

1. Ertragslage

Der Zinsüberschuss erhöhte sich 2017 um 22,5 Prozent auf 116,7 Millionen EUR. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung tragen die Ausschüttungen aus den Investmentfonds. Im Zuge der Einführung des Investmentsteuerreformgesetzes wurden – zur Vermeidung der Risiken einer temporären Doppelbesteuerung – teilweise in Vorperioden erwirtschaftete Erträge unserer Spezialfonds ausgeschüttet. Diesen Sondereffekt haben wir zur Stärkung unserer Eigenmittelausstattung genutzt und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken 23,8 Millionen EUR zugeführt.

Der Provisionsüberschuss verzeichnete einen Anstieg um etwa 16,6 Prozent auf 16,1 Millionen EUR. Dies resultierte im Wesentlichen aus Erträgen des Vermittlungsgeschäftes mit Kooperationspartnern. Der Personalaufwand ging um 3,0 Prozent auf insgesamt 28,2 Millionen EUR zurück.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Jahr 2017 um 1,4 Prozent auf insgesamt 42,6 Millionen EUR und lagen damit annähernd auf Vorjahresniveau.

Das sonstige Ergebnis wurde im Wesentlichen durch Abschreibungen und Kursgewinne bei den eigenen Wertpapieranlagen sowie dem erstmals dort ausgewiesenen Effekt aus der Zinssatzänderung bei den Pensionsrückstellungen bestimmt. Das Bewertungsergebnis der Kundenforderungen belastet das sonstige Ergebnis nicht wesentlich.

Der Jahresüberschuss hat sich 2017 um 0,7 Millionen EUR gegenüber dem Vorjahr auf 13,1 Millionen EUR erhöht.

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	116.736	95.334	21.402	22,45
Provisionsüberschuss	16.081	13.794	2.287	16,58
Personalaufwand	28.157	29.023	-866	-2,98
Andere Verwaltungsaufwendungen	42.590	42.010	580	1,38
Abschreibungen auf Sachanlagen	2.865	2.704	161	5,95
Sonstiges Ergebnis	-4.080	-7.134	3.054	42,81
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	55.125	28.257	26.868	95,08
Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-
Steueraufwand/-ertrag	18.266	14.775	3.491	23,63
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	23.800	1.100	22.700	2.063,64
Jahresüberschuss	13.059	12.382	677	5,47

2. Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften wurden stets erfüllt. Zum 31. Dezember 2017 betrug die Liquiditätsdeckungsquote 291,16 Prozent.

3. Vermögenslage/Kapitalstruktur

Die Vermögenslage der Bank ist geordnet. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 277,9 Millionen EUR. Dies entspricht einer Steigerung von 4,1 Prozent oder 10,9 Millionen EUR.

Aufgrund der Eigenkapitalausstattung wurde die Mindestgröße für die Eigenmittelanforderung jederzeit erfüllt. Die Gesamtkapitalquote gemäß CRR liegt bei 13,65 Prozent. Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn [Anmerkung: Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern] und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,2 Prozent.

Im Jahr 2017 sind 3.225 neue Mitglieder in die Genossenschaft eingetreten. Am Ende des Geschäftsjahres betrug die Mitgliederzahl 288.359 und war damit – unter Berücksichtigung der Abgänge – um 1,9 Prozent rückläufig.

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital				
- gezeichnetes Kapital	64.275	65.134	-859	-1,32
- Rücklagen	200.567	189.476	11.091	5,85
Liquide Mittel und Geldanlagen				
- Barreserve	112.248	153.905	-41.657	-27,07
- Bankguthaben	561.604	434.358	127.246	29,30
- Wertpapiere	2.752.705	2.703.820	48.885	1,81
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	336.239	370.884	-34.645	-9,34

Mitglied in der Sicherungseinrichtung des BVR

Die Sparda-Bank Hessen eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantiefonds und Garantieverbund) und der BVR Institutssicherung GmbH des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2017 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 6.642 TEUR verbunden.

4. Zusammengefasste Beurteilung der Lage

Im Geschäftsjahr 2017 konnte trotz anhaltender Niedrigzinsphase ein äußerst zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden, das maßgeblich von dem durch einen Sondereinfluss begünstigten Anstieg des Zinsüberschusses bestimmt wird. Im kommenden Geschäftsjahr gehen wir von einer Normalisierung beim Zinsüberschuss aus. Die Entwicklung des Kundengeschäfts ist gekennzeichnet von Zuwachsraten von 4,6 Prozent bei den Kundeneinlagen und 4,5 Prozent bei den Forderungen an Kunden.

Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen und der erwirtschaftete Jahresüberschuss führt zu einer weiteren Stärkung der Eigenmittel, so dass die mit der Geschäftstätigkeit der Bank verbundenen regulatorischen Anforderungen auch weiterhin erfüllt werden können.

III. Risiken der künftigen Entwicklung

Aus unserer Sicht ergeben sich für die Sparda-Bank Hessen eG keine besonderen Risiken im Geschäftsjahr 2018. Auf den Wettbewerb im Kundengeschäft hat sich die Bank eingestellt und wächst aufgrund des Kundenvertrauens und ihrer attraktiven Angebote. Mit ihrer genossenschaftlichen Ausrichtung ist die Bank auch weiterhin gut für die Zukunft aufgestellt und passt sich den Marktveränderungen an.

Die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen und so noch erfolgreicher zu werden – das bestimmt unser geschäftliches Handeln auch im Jahr 2018. Wir setzen auf gesundes, qualifiziertes Wachstum, bei dem Ertragslage und Geschäftsausweitung in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Die Stärkung der Eigenmittel – auch vor dem Hintergrund der wachsenden gesetzlichen Anforderungen – bleibt eine zentrale strategische Zielsetzung. Dazu wird eine ertrags- und risikoorientierte Geschäftspolitik betrieben, die dauerhaft und konsequent im Abgleich mit der Risikotragfähigkeit steht. Der verantwortungsvolle Umgang mit Risiken stellt sicher, dass zu keiner Zeit Risikopositionen eingegangen werden, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Gesamtbanksteuerung, Risikomanagement

In der Risikosteuerung kommt neben der normativen Betrachtung ein den MaRisk-Anforderungen entsprechendes barwertnahes Risikotragfähigkeitskonzept zum Einsatz, das die Risiken rechtzeitig quantifiziert und auf interne Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Verlustobergrenze, die im Wesentlichen von der Eigenkapitalausstattung abhängig ist, erreicht wird. Zur Verbesserung der Steuerungsinstrumente werden die Risikomessverfahren stetig weiterentwickelt und ermöglichen eine noch umfassendere Steuerung der Ertrags- und Risikolage der Bank.

Die langfristige Steigerung der Vermögenswerte unter Beachtung des Chancen-/ Risikoprofils der verschiedenen Anlageformen bleibt hier wesentliche strategische Zielsetzung.

Adressenausfallrisiken

Der Schwerpunkt im Kreditgeschäft der Sparda-Bank Hessen eG ist die Wohnbau- bzw. die Immobilienfinanzierung für private Kunden. Das Kundenkreditvolumen ist im Wesentlichen grundpfandrechtl. abgesichert. Durch die Bonitätsrichtlinien und die entsprechende Kreditabsicherung an den Beleihungsobjekten hat die Bank eine gute Risikostruktur und Risikosteuerung.

Zur Erkennung, Steuerung und Kontrolle des Kreditausfallrisikos existieren ein umfassendes Berichtswesen und Risikoüberwachungssysteme. Bereits bei der Kreditvergabe wird – neben der persönlichen Bonität – die Werthaltigkeit der zu beleihenden Objekte besonders beachtet. Die Ausfallrisiken werden durch Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die Überwachung der Darlehensbedienung gesteuert. Treten Ausfallrisiken auf, werden Risikovorsorgen gebildet. Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Wir gehen davon aus, dass wir auch in Zukunft die Risikovorsorge aus dem laufenden Ergebnis bilden können. Zur Abschirmung von latenten Kreditrisiken steht der Bank ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial zur Verfügung.

Adressenausfallrisiken in unseren Wertpapieranlagen begegnen wir grundsätzlich dadurch, dass wir keine Wertpapiere mit einem Rating schlechter als BBB (nach Moody's, Standard & Poors und Fitch) in den Bestand nehmen. Die Ratings der im Bestand befindlichen Wertpapiere werden regelmäßig überprüft. Risiken durch verbrieft Forderungen (Asset Backed Securities) bestehen nicht. In den Wertpapieranlagen sind keine Anleihen von Peripherie-Staaten enthalten. In dem Investmentvermögen sind Anlagen von Peripherie-Staaten oder Emittenten aus diesen Staaten in Höhe von 337 Millionen EUR enthalten.

Marktpreisrisiken

Der Steuerung von Marktpreisrisiken kommt eine besondere Bedeutung zu. Neben den Auswirkungen von Zinsänderungen für die zinsreagiblen Geschäfte der Bank werden auch die Folgen von Kursschwankungen an den Aktien-, Währungs- und Immobilienmärkten untersucht. Zu diesem Zweck werden im Controlling umfangreiche Risikoanalysen und Simulationsrechnungen vorgenommen.

Zur Vermeidung von Marktpreisrisiken setzt die Bank auf die Diversifizierung der Vermögenswerte und besetzt in begrenztem Ausmaß vom Zinsbuch abweichende Anlageklassen. Durch den gezielten Einsatz geeigneter Finanzderivate ließe sich die Risikoposition auch im Falle ungünstiger Entwicklungen an den Geld- und Kapitalmärkten begrenzen.

Für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch sind angemessene Eigenmittel erforderlich. Wir liegen mit dem Zinsänderungskoeffizienten unter 20 Prozent.

Liquiditätsrisiken

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute erfüllen wir in jeder Hinsicht, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken erkennen lassen. Das Liquiditätsrisiko steuert unsere Bank durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine verantwortliche Strukturierung der Aktiva und Passiva. Ergänzend werden Szenariobetrachtungen nach dem „Survival Period“-Ansatz für das Abrufisiko durchgeführt.

Interne Risiken/operationelle Risiken

Neben den Adress- und Marktpreisrisiken hat sich unsere Bank auch auf die operationellen Risiken eingestellt (zum Beispiel Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken). Dabei begegnen wir den Betriebs- und Rechtsrisiken unter anderem auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern. Versicherbare Gefahrenpotenziale, zum Beispiel Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

Besondere Risiken im technisch-organisatorischen Bereich sind derzeit nicht erkennbar.

Durch ein zentral organisiertes Qualitäts- und Beschwerdemanagement erfolgt bei entstandenen Verlusten aus fehlerhafter Sachbearbeitung eine Analyse auf organisatorische und personelle Schwachstellen. Die Einleitung geeigneter Maßnahmen zur Fehlerbeseitigung ist somit an der richtigen Stelle mit der notwendigen Intensität möglich.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

1. Prognosebericht

Nach wie vor sind der Ausbau des zinsabhängigen Kundengeschäfts und eine Geschäftspolitik im Sinne des genossenschaftlichen Förderauftrags für unser Haus von grundlegender Bedeutung. Sowohl bei den Einlagen als auch bei den Krediten streben wir angemessene Zuwachsraten an. Wir sind zudem bestrebt, unseren Kunden eine Teilhabe an der Wertentwicklung zinsunabhängiger Anlageformen zu ermöglichen. Wir gehen im Geschäftsjahr 2018 von einem leicht steigenden Jahresüberschuss nach Steuern aus. Trotz des andauernden Niedrigzinsumfeldes rechnen wir – ohne Negativzinsen für Privatkunden – mit einem auskömmlichen Zins- und Provisionsüberschuss. Alles deutet darauf hin, dass die Bank mit ihren Finanzdienstleistungen auch 2018 erfolgreich sein wird.

2. Risiko- und Chancenbericht

Neben allgemeinen Risikofaktoren (zum Beispiel Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstige sich verändernde Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken und -chancen, die sich in Form von Adressenausfallrisiken (Kredit) und Marktpreisrisiken (Zinsänderungs- und sonstige Preisrisiken) zeigen. Wir rechnen mit einem weiterhin vergleichsweise niedrigen Zinsniveau an den Geld- und Kapitalmärkten und haben uns entsprechend positioniert. Ein plötzlicher starker Zinsanstieg oder eine inverse Zinsstruktur würden sich auf unsere Ertragslage belastend auswirken. Aufgrund unserer Steuerungsinstrumentarien erwarten wir, die Risiken auf ein vertretbares Maß reduzieren zu können.

V. Veröffentlichung eines separaten Offenlegungsberichtes

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

DER BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2017 die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2017 hat der Aufsichtsrat insgesamt sechs Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung, die Risikosituation, die strategische Entwicklung, die operative Jahresplanung, Verträge von besonderer Bedeutung sowie die Berichte der Internen Revision und des Compliance.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Personalausschuss, einen Kreditausschuss, einen Organisationsausschuss und einen Finanzausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates.

Der vorliegende Jahresabschluss 2017 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr spricht der Aufsichtsrat den Herren des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparda-Bank Hessen eG seinen Dank aus.

Frankfurt am Main, im April 2018

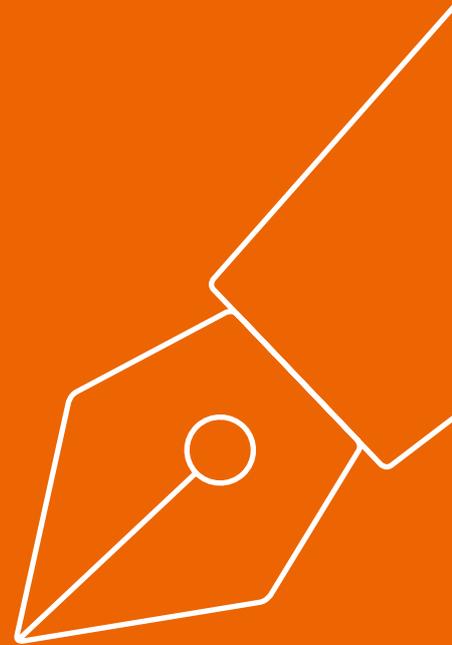
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



Rupert Bunk

DER JAHRESABSCHLUSS

- I. Jahresbilanz
- II. Gewinn- und Verlustrechnung
- III. Anhang



15.494

NEU ERÖFFNETE GIROKONTEN

GIROKONTEN UND GELDANLAGE

Die Sparda-Bank Hessen hat im Geschäftsjahr 2017 in allen Bereichen zugelegt. Das nach wie vor gebührenfreie Girokonto wurde 15.494 Mal neu eröffnet.

Insgesamt führt die Sparda-Bank Hessen nun mehr als 280.000 Girokonten – ein Plus von 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Auch im Bereich Geldanlage vertrauen Kundinnen und Kunden auf unsere Genossenschaftsbank. Der Bestand der Kundeneinlagen stieg auf 5,5 Mrd. EUR von 5,2 Mrd. EUR im Vorjahr (+4,6 %). Dazu kommen die Anlagen im Bereich Investmentfonds.

„Die Menschen in Hessen kennen die Sparda-Bank als verlässlichen Partner in allen finanziellen Belangen. Das wirkt sich auch in unserer Bilanz aus“, erläutert Markus Müller, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Hessen. 2017 wurde eine Bilanzsumme von 6,2 Mrd. EUR erreicht – ein Anstieg von 4,1 % im Vergleich zu 2016 (5,9 Mrd. EUR).

I. JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

Aktivseite			Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			52.690.360,36	67.411
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			59.557.591,15	86.494
darunter: bei der Dt. Bundesbank	59.557.591,15			(86.494)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00			(0)
b) Wechsel			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			357.814.898,78	190.349
b) andere Forderungen			203.789.175,94	244.009
4. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.041.226.154,11			(1.951.685)
Kommunalkredite	0,00			(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00			(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		393.657.293,88		498.140
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	393.657.293,88			(498.140)
bb) von anderen Emittenten		474.424.800,48	868.082.094,36	581.437
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	457.524.800,48			(564.537)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag:	0,00			(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.884.622.911,61	1.624.643
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften				
a) Beteiligungen			26.273.135,57	26.273
darunter: an Kreditinstituten	635.770,58			(636)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			9.938.760,00	9.520
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000.000,00			(7.000)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter: an Kreditinstituten	0,00			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00			(0)
9. Treuhandvermögen			19.679,66	26
darunter: Treuhandkredite	19.679,66			(26)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00	0
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			371.838,00	173
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00	0
d) Geleistete Anzahlungen			0,00	0
12. Sachanlagen			35.676.685,09	37.135
13. Sonstige Vermögensgegenstände			4.547.646,88	8.290
14. Rechnungsabgrenzungsposten			790.857,14	1.072
Summe der Aktiva			6.189.187.290,68	5.943.919

Passivseite

Passivseite			Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			1.280,00	0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			336.237.674,17	370.884
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	733.050.486,35			629.847
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	100.077.189,38	833.127.675,73		95.786
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	4.455.270.578,66			4.180.083
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	195.342.867,17	4.650.613.445,83	5.483.741.121,56	336.156
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00			(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	0,00			(0)
4. Treuhandverbindlichkeiten			19.679,66	26
darunter: Treuhandkredite	19.679,66			(26)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			8.237.404,68	4.116
6. Rechnungsabgrenzungsposten			959.258,31	981
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		31.534.272,00		33.119
b) Steuerrückstellungen		1.031.862,93		2.651
c) andere Rückstellungen		14.367.148,72	46.933.283,65	12.127
8.			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			1.357.072,55	1.151
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			33.800.000,00	10.000
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	100.000,00			(100)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		64.275.320,20		65.134
b) Kapitalrücklage		7.749.523,22		7.750
c) Ergebnissrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	65.716.979,53			64.426
cb) andere Ergebnissrücklagen	127.100.000,00			117.300
cc)	0,00	192.816.979,53		0
d) Bilanzgewinn		13.058.693,15	277.900.516,10	12.382
Summe der Passiva			6.189.187.290,68	5.943.919
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		2.462.201,19		2.714
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	2.462.201,19	0
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		212.421.102,06	212.421.102,06	152.605
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00			(0)

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2017 BIS ZUM 31. DEZEMBER 2017

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		73.846.630,20		80.170
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		11.129.390,76	84.976.020,96	13.559
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen		179.871,64		(69)
2. Zinsaufwendungen			66.683.739,11	-24.053
darunter: erhaltene negative Zinsen	698.399,51			(255)
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		48.990.946,92		24.814
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		803.147,07		742
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		258.344,03	50.052.438,02	101
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		20.673.236,60		18.301
6. Provisionsaufwendungen		-4.592.016,22	16.081.220,38	-4.507
7. Nettoertrag des Handelsbestands			303.017,59	150
darunter: Zuführung zum Sonderposten gem. § 340e Abs. 4 HGB		0,00		(-100)
8. Sonstige betriebliche Erträge			3.592.381,03	2.791
9.			0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		-24.205.067,83		-23.924
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-3.951.464,79	-28.156.532,62	-5.099
darunter: für Altersversorgung:		-159.095,44		(-1.350)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-42.590.340,06	-42.010
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-2.864.567,43	-2.704
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-5.963.195,10	-2.782
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-3.928.797,32		(-1.678)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		-7.435
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		997.188,29	997.188,29	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-3.010.452,78		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00	-3.010.452,78	143
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18.			0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			55.124.896,43	28.257
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-18.135.562,29		-14.646
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-130.640,99	-18.266.203,28	-129
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			-23.800.000,00	-1.100
25. Jahresüberschuss			13.058.693,15	12.382
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			13.058.693,15	12.382
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage	0,00			0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen	0,00		0,00	0
			13.058.693,15	12.382
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage	0,00			0
b) in andere Ergebnisrücklagen	0,00		0,00	0
			13.058.693,15	12.382
29. Bilanzgewinn			13.058.693,15	12.382

III. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Hessen eG, Frankfurt am Main, ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Genossenschaftsregisternummer 634 eingetragen.
- Zur besseren Einsicht in die Vermögens- und Ertragslage wurden im Jahresabschluss 2017 erstmals die Zinsänderungseffekte in Höhe von 2.171.736 EUR statt im Personalaufwand im sonstigen betrieblichen Aufwand berücksichtigt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:
Die Barreserve wurde mit dem Nennwert bilanziert.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Forderungen an Kunden sind zum Nennwert, unverzinsliche Forderungen zum Barwert angesetzt. Ausfallrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen und versteuerte Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Soweit bei den Forderungen an Kunden die Gründe für die in Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst.

Die Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Nennwert und dem Zahlungsbetrag von Forderungen an Kunden wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst.

Wertpapiere

Alle Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Soweit Gründe für die in Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung vorgenommen. Bei den einfach strukturierten Produkten mit Forderungscharakter (Callables) erfolgte für die Bilanzierung keine Aufspaltung; die Produkte werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Komplex strukturierte Produkte lagen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände wurden mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

III. ANHANG

Gegenstände des Sachanlagevermögens sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die planmäßigen Abschreibungen auf Gebäude erfolgen entweder linear bei einer Nutzungsdauer von bis zu 50 Jahren oder in der steuerlich zulässigen degressiven Art. Das im Geschäftsjahr angeschaffte bewegliche Anlagevermögen wurde linear abgeschrieben, während das in Vorjahren angeschaffte bewegliche Anlagevermögen überwiegend degressiv, mit späterem Übergang auf lineare Abschreibung, berücksichtigt wurde. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410,00 EUR wurden als sofort abziehbare Betriebsausgabe behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger anteiliger Zinsen angesetzt worden. Echte Pensionsgeschäfte mit der DZ Bank AG wurden entsprechend § 340b HGB in Höhe des für die Übertragung erhaltenen Betrags, zuzüglich des auf das Geschäftsjahr entfallenden Teilbetrags des Unterschiedsbetrags, zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen. Bei Verbindlichkeiten aus abgezinnten Sparbriefen wurden zum Bilanzstichtag abgezinste Werte eingestellt. Im Übrigen wurden die Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem niedrigeren Ausgabebetrag einer Verbindlichkeit in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig über die Laufzeit der Verbindlichkeit aufgelöst.

Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und alle ungewissen Verbindlichkeiten und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bilanziert.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die Sterbetafeln von Heubeck zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltstrend sowie als Rententrend wurden für die Berechnung, soweit relevant, 2,0 Prozent angenommen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 15.162 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 14.963 TEUR. Dies entspricht dem Erfüllungsbetrag der zu verrechnenden Schulden.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen

Bundesbank per Dezember 2017 (3,67 Prozent) ermittelten Zinssatzes. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz (2,8 Prozent) der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 6.362.225 EUR.

Abzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen in Höhe von 66 TEUR verrechnet.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 212.421 TEUR betreffen 212.421 TEUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Aufwendungen und Erträge werden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

Währungsumrechnung

Eine Umrechnung auf EUR erfolgte im Sortenbestand mit den Sortenankaufskursen zum 29. Dezember 2017.

III. ANHANG

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	3.500.532	537.071	-	a) - b) -	4.037.603	371.838	173.300
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	59.966.501	-	-	a) - b) -	59.966.501	31.395.068	32.456.321
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	35.070.038	1.281.681	-	a) 1.342.084 b) -	35.009.635	4.281.617	4.678.640
a	98.537.071	1.818.752	-	a) 1.342.084 b) -	99.013.739	36.048.523	37.308.261
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugän- gen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	3.327.232	-	-	-	338.533	-	3.665.765
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	27.510.180	-	-	-	1.061.253	-	28.571.433
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	30.391.398	-	1.128.162	-	1.464.782	-	30.728.018
a	61.228.810	-	1.128.162	-	2.864.568	-	62.965.216
	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)			Buchwerte am Bilanzstichtag		
	EUR	EUR			EUR		
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.638.543.347	258.051.445			1.896.594.792		
Beteiligungen und Geschäftsgut- haben bei Genos- senschaften	35.793.396	418.500			36.211.896		
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.050.000	-			3.050.000		
b	1.677.386.743	258.469.945			1.935.856.688		
Summe a und b	1.775.923.814				1.971.905.211		

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 512.283.400 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	Bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	25.789.176	10.000.000	30.000.000	138.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	39.868.787	119.908.553	619.828.014	1.872.412.619

In den Forderungen an Kunden sind 29.943.683 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 205.081.679 EUR fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	-	-	512.283.429	384.488.186
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	-	-	26.918.479	26.918.479

III. ANHANG

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja / Nein
Renditeerwartung	1.798.666.448	1.855.144.686	56.478.238	45.018.051	Ja

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) SpardaDirekt Hessen GmbH, Kassel	100,0000	2017	2.071.651	2017	-33.324
b) ICS IT & Consulting Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0000	2017	492.571	2017	181.571
c) Deutsche Privatfinanz AG, Kassel	100,0000	2017	1.632.446	2017	381.503

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Bank AG, Frankfurt am Main	0,0044	2016	10.256.000.000	2016	326.000.000
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Karlsruhe	0,6243	2017	3.104.652.767	2017	84.925.425
c) DZ Bank International S.A., Luxembourg	0,0067	2016	213.678.000	2016	11.382.000
d) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	12,5000	2016	5.001.255	2016	990.099
e) Sparda-Consult GmbH, Nürnberg	10,1200	2016	828.440	2016	-54.824

— In folgenden Posten sind enthalten:

	Börsenfähig	Börsennotiert	Nicht börsennotiert	Nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	868.082.094	851.182.094	16.900.000	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	84.028.343	-	84.028.343	-

— Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

— In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	27.254.852
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.281.617

— Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Forderungen aus Provisionszahlungen	2.577.852
Forderungen gegenüber SDV eG	1.531.583

— Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 0 EUR Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: 320 EUR) und 77.003 EUR Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 197.268 EUR) enthalten.

III. ANHANG

- Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie den Rückstellungen.

- Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften wurden Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 9.970.000 EUR übertragen.
- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR		EUR
A 5 Festverzinsliche Wertpapiere	16.900.000		16.900.000

- In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von 196.384 EUR enthalten.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 336.237.674 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	Bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	28.643.862	36.937.407	38.636.981	232.019.424
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	499.156	2.379.391	15.493.309	81.705.333
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	9.516.818	30.749.026	66.744.438	88.332.585

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Verbindlichkeiten an das Finanzamt	EUR 4.495.168
------------------------------------	-------------------------

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagioträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 57.605 EUR (Vorjahr: 74.405 EUR) enthalten.

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 30.371 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
197.434	EUR	4,50	15.04.2018
199.310	EUR	3,70	13.04.2019
191.547	EUR	2,50	15.04.2020
186.117	EUR	2,30	15.04.2021
189.734	EUR	1,35	15.04.2022
186.871	EUR	0,80	15.04.2023
176.267	EUR	0,80	13.04.2024

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Bank oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Für die nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die folgenden wesentlichen Bedingungen:

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt sieben Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff. CRR).

III. ANHANG

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	336.237.674	370.883.933
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.679.377	4.818.219	-	-

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		62.605.444
b) der ausscheidenden Mitglieder		1.631.292
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		38.584
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	60	

- Die Ergebnisrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen	Kapitalrücklage
	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2017	64.426.333	117.300.000	7.749.523
Einstellungen			
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.290.647	9.800.000	-
Stand 31.12.2017	65.716.980	127.100.000	7.749.523

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
2,500 % Dividende auf Geschäftsguthaben	1.601.589,11
Gesetzliche Rücklage	1.357.104,04
Andere Ergebnisrücklagen	10.100.000,00
Insgesamt	13.058.693,15

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag
		EUR
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Festverzinsliche Wertpapiere	10.117.000

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- In den Zinserträgen sind 179.872 EUR negative Zinsen aus Einlagen bei der Europäischen Zentralbank, der DZ Bank AG und der Caseis Bank GmbH enthalten. Die erhaltenen negativen Zinsen aus Einlagen in unserem Haus belaufen sich auf 698.400 EUR.
- Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht: für die Vermittlung von Investmentfonds, Bausparverträgen und Versicherungsverträgen.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.
- Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene betragen die Gesamtbezüge 2017 2.636.776 EUR. Zum 31. Dezember 2017 bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinssatz von 3,67 Prozent p. a. ermittelten Barwertes von 28.172.375 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

Mitglieder des Vorstandes	252
Mitglieder des Aufsichtsrates	227.698

- Gemäß dem Statut der Sicherungseinrichtung haben wir gegenüber dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. eine Garantieerklärung abgegeben. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung in Höhe von 6.641.768 EUR verbunden.

III. ANHANG

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Die Sparda-Bank Hessen eG trägt nach den von ihr abgegebenen Patronats-erklärungen dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaft, die Deutsche Privatfinanz AG, Kassel, in der Weise finanziell ausgestattet bleibt, dass sie jederzeit zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen und Verbindlichkeiten aus bestehenden Geschäftsbeziehungen in der Lage ist.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	277	141

Außerdem wurden durchschnittlich 33 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen
			EUR
Anfang 2017	293.997	1.225.784	63.740.768
Zugang 2017	3.225	10.281	534.612
Abgang 2017	8.863	32.113	1.669.876
Ende 2017	288.359	1.203.952	62.605.504

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	1.135.245
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	1.135.264

Höhe des Geschäftsanteils 52 EUR, Höhe der Haftsumme 52 EUR.

— Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

— Mitglieder des Vorstandes:

Markus Müller (Vorsitzender ab 01.10.2017) – Geschäftsleiter
Prof. Jürgen Weber (Vorsitzender bis 30.09.2017) – Geschäftsleiter
Michael Weidmann (stellv. Vorsitzender ab 01.10.2017) – Geschäftsleiter
Hans-Joachim Hellhake (stellv. Vorsitzender bis 30.09.2017) – Geschäftsleiter

— Mitglieder des Aufsichtsrates:

Rupert Bunk (Vorsitzender) – Betriebsrat
Manfred Schneider (stellv. Vorsitzender bis 22.05.2017) – Vorstandsmitglied a. D.
Jochen Apel (stellv. Vorsitzender ab 02.06.2017) – Beamter a. D.
Rita Braun – Facharbeiterin für Betriebs- und Verkehrsdienst
Wilfried Furk – Beamter a. D.
Heinz Klauser – Maschinenschlosser
Anemone Knöpp-Rack – Bundesbahnbetriebsinspektorin
Juana Leister – Diplom-Kauffrau
Wolfgang Scherff – Maschinenschlosser
Vlatko Stark – Versichertensprecher der DB AG
Karl-Heinz Weinel – Beamter a. D.
Albert Wiegand – Betriebsratsvorsitzender

Frankfurt am Main, 31. Januar 2018

Der Vorstand der Sparda-Bank Hessen eG



Markus Müller



Michael Weidmann

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2017 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Hessen eG, Frankfurt am Main, hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Hessen eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder im Wesentlichen von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Hessen eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017 136.713 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 377.

Das Ergebnis vor Steuern beträgt 55.125 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 18.136 TEUR ergibt sich ein Jahresüberschuss von 13.059 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern und Steuern aus Vorjahren.

Die Sparda-Bank Hessen eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Sparda-Bank Hessen eG, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hessen eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie

den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Bewertung der Wertpapiere

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.682 Millionen EUR. Dies entspricht 43,3 Prozent der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Bewertung der Wertpapiere

- a) Die Wertpapierbestände (Aktivposten 5 und 6) belaufen sich auf insgesamt 2.753 Millionen EUR. Dies entspricht 44,5 Prozent der Bilanzsumme. Es besteht ein Risiko, dass falsche Wertpapierkurse für die Ermittlung von möglichen Ab- und Zuschreibungen der Wertpapiere herangezogen werden oder Ab- und Zuschreibungsbeträge falsch ermittelt werden. Daher ist die zutreffende Bewertung der Wertpapiere angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand einer Auswahl von Wertpapieren von der ordnungsgemäßen Bewertung zum Stichtag überzeugt. Die zur Bewertung verwendeten Stichtagskurse haben wir für die von uns ausgewählten Wertpapiere mittels externen Quellen validiert. Daneben haben wir uns unter Berücksichtigung des bisherigen Buchwerts und der historischen Anschaffungskosten der Wertpapiere von der sachgerechten Ermittlung von Abschreibungsbeträgen unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips sowie der korrekten Ermittlung von Zuschreibungsbeträgen überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Wertpapieren sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 36 Abs. 1 Satz 1 WpHG a. F.,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 06. April 2018

Verband der Sparda-Banken e. V.

Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

FINANZBERICHT 2017

SPARDA-BANK HESSEN EG